

VERANSTALTUNGSBERICHT

Simon Friedle

Titel	The Mistakes 99.9% of Americans Make When Thinking About the EU
Thema	Vortrag von John Blundell
Veranstalter	Heritage Foundation
Art	Vortragsveranstaltung
Datum	28. September 2006

Für viele Amerikaner ist die Europäische Union nur ein abstrakter Begriff. So ist es nicht verwunderlich, dass ein Teil der Amerikaner die EU als eine Bedrohung für die amerikanische Wirtschaft ansieht. Dabei stellt sich die Frage, welche Interessen die EU mit den USA verbinden, und welche politischen und wirtschaftlichen Ansichten sie trennen.

John Blundell, Direktor des *Institute of Economic Affairs* in London und Gründer einer der ersten Think Tanks überhaupt, präsentierte sich als ein starker Kritiker der Europäischen Union und als Verfechter von Freihandel, der die protektionistische Wirtschaftspolitik der EU hart kritisiert.

Zu Beginn seines Vortrags erhob Blundell die Frage, ob die EU ein Freund der USA sei? Dies könne man zweifelsohne mit Ja beantworten. So wären schließlich die USA selbst bei der Gründung der Einheit Europas und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) maßgeblich beteiligt gewesen. Nicht nur hätten die USA Europa politisch unterstützt, sondern auch die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung gestellt. Zugleich würde Europa mit den USA die gleichen fundamentalen demokratischen und moralischen Werte und Vorstellungen teilen. Dennoch sei es in der Vergangenheit immer wieder zu politischen und wirtschaftlichen Meinungsverschiedenheiten gekommen, die jedoch niemals diese geteilten fundamentalen Werte in Frage gestellt hätten.

Nach dem Scheitern der Implementierung einer europäischen Verfassung zeigte sich Blundell davon überzeugt, dass die Verfassung schließlich doch noch umgesetzt wird. So könnten die einzelnen nationalen Parlamente viele Teile der Verfassung beschließen. Ebenso müssten die USA daran interessiert sein, dass die EU erfolgreich ist, da sie ein Garant der Demokratisierung Europas sei und somit für stabile politische Systeme in Europa Sorge.

Dennoch legte Blundell seine Ansicht dar, dass die EU selbst ein sehr undemokratisches Gebilde sei, dass an seinen eigenen Maßstäben scheitern würde. So würde die EU, wenn sie selbst die Mitgliedschaft zur Aufnahme in die EU beantragen würde, an ihren eigenen demokratischen Vorstellungen scheitern. So seien viele Beamte in der EU korrupt und es gebe keine demokratischen Mechanismen.

Auch ein zentrales Gründungsideal der EU, der Freihandel, sei innerhalb der EU gescheitert. So sei die Union heute in Wahrheit ein protektionistisches Gebilde, das weit über die Maße Steuern einfordern würde. Ein Beleg für die mangelnde Integration der einzelnen europäischen Nationalwirtschaften sei die fehlende Mitgliedschaft der Schweiz und Norwegens, der wirtschaftlich stärksten Staaten in ganz Europa. Auch seien die wirtschaftsstärksten Staaten innerhalb der EU, nämlich Großbritannien, Dänemark und Schweden, nicht der europäischen Währungsunion beigetreten. All dies zeige, dass die EU keineswegs eine integrierte Wirtschaftsgemeinschaft innerhalb Europas sei. Auch verwies Blundell darauf, dass die gemeinsame europäische Währung mehr ein politisches denn ein wirtschaftliches Projekt gewesen sei. So müssten nun viele Staaten mit der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) kämpfen, da für einige Staaten der Leitzins zu hoch, für andere wiederum zu niedrig sei. Daher könne die EU keine eigene konjunkturelle Dynamik entwickeln. Vielmehr sei die Konjunktur innerhalb Europas allein von dem Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft getragen. Ein Indiz dafür sei, dass sich die Leistungskraft der amerikanischen Wirtschaft alle 23 Jahre verdoppele, während die EU dafür 140 Jahre benötige. Ein weiteres Problem sei der Bevölkerungsrückgang in der EU. So würden selbst die Bevölkerungen der neuen Mitgliedsstaaten rapide schrumpfen, was enorme wirtschaftliche und soziale Probleme in der EU verursachen werde.

Mit Blick auf Großbritannien erklärte Blundell, dass er bezweifle, dass das Vereinigte Königreich weiterhin ein starker Verbündeter Allierter der USA sein könne. Diesen Zweifel führte er darauf zurück, dass die britische Rüstungsindustrie gezwungen sei, sich zu stark in eine gesamteuropäische Verteidigungsindustrie zu integrieren. Vor dem Hintergrund des anhaltend starken Antiamerikanismus in der EU könnten daher britische Rüstungsprojekte mit den USA scheitern bzw. Großbritannien sein Militär nicht mehr mit dem notwendigen Waffensystemen ausstatten, um an der Seite Amerikas zu kämpfen.

Darüber hinaus zweifelte Blundell die Glaubwürdigkeit der drei großen britischen Parteien an. Obwohl über 70% der britischen Bevölkerung die EU ablehne, würden weiterhin alle drei großen Parteien eine pro-europäische Politik betreiben. Auch ein möglicher Wahlsieg der Tories bei den nächsten Premierministerwahlen würde wenig Hoffnung auf ein Austritt Großbritanniens aus der EU machen.

Die Schlussfolgerung Blundells war, dass die Europäische Union eine „evil Institution“ sei. Auf die Worte Margaret Thatchers verweisend erklärte er, dass die Zukunft zeigen werde, dass die Gründung der Europäischen Union der größte politische Fehler des 20. Jahrhunderts sei.